

Sammelbesprechung: Solidarität in der Krise – Krisen der Solidarität

Stefan Wallaschek

Online publiziert: 1. Juni 2016
© Springer Fachmedien Wiesbaden 2016

Sammelrezension

1. Aschauer, Wolfgang, Elisabeth Donat und Julia Hofmann, Hrsg. 2016. *Solidaritätsbrüche in Europa: Konzeptuelle Überlegungen und empirische Befunde*. Europa – Politik – Gesellschaft. Wiesbaden: Springer VS, 262 S., € 39,99.
2. Billmann, Lucie und Josef Held, Hrsg. 2013. *Solidarität in der Krise: Gesellschaftliche, soziale und individuelle Voraussetzungen solidarischer Praxis*. Wiesbaden: Springer VS, 375 S., € 64,99.
3. Kneuer, Marianne und Carlo Masala, Hrsg. 2015. *Solidarität: Politikwissenschaftliche Zugänge zu einem vielschichtigen Begriff*. Zeitschrift für Politikwissenschaft Sonderband 2014. Baden-Baden: Nomos, 252 S., € 49,00.
4. Knodt, Michèle und Anne Tews, Hrsg. 2014. *Solidarität in der EU*. Schriftenreihe des Arbeitskreises Europäische Integration e.V. 81. Baden-Baden: Nomos, 312 S., € 56,00.

Solidarität ist nicht mehr aus der politischen und medialen Debatte wegzudenken. Ob über die Situation von Geflüchteten in Europa geredet, die ökonomische Lage der Krisenstaaten in der Eurozone bewertet oder mögliche Reaktionen nach terroristischen Anschlägen diskutiert wird, Solidarität ist im politischen Sprachgebrauch seit einiger Zeit omnipräsent. Die akademische Debatte über Solidarität verlief hingegen verhaltener. Das heißt nicht, dass über solidarisches Handeln und verschiedene Solidaritätskonzepte nicht geschrieben und gestritten wurde. Die klassische soziologische Frage nach der Erosion oder Festigkeit des „sozialen Bandes“ (Berger

S. Wallaschek (✉)
Bremen International Graduate School of Social Sciences, Universität Bremen,
Mary-Somerville-Straße 9, 28359 Bremen, Deutschland
E-Mail: wallaschek@bigsss.uni-bremen.de

2005) in der (national verfassten) Gesellschaft wird seit der wegweisenden Studie Émile Durkheims immer wieder aufgegriffen und debattiert (Bayertz 1998; Brunkhorst 2002; Beckert u. a. 2004). Wie aber *Marianne Kneuer* und *Carlo Masala* in ihrem Einführungsbeitrag zu *Solidarität. Politikwissenschaftliche Zugänge zu einem vielschichtigen Begriff* darlegen, fehlt es an genuin politikwissenschaftlichen Ansätzen (S. 8). Abgesehen von der grundlegenden theoretischen Arbeit zu politischer Solidarität von Sally Scholz (2008) ist bisher wenig dazu geforscht worden.

Die vier vorliegenden Sammelbände versuchen einerseits die politik- und sozialwissenschaftliche Debatte zu Solidarität zu beleben und andererseits Unklarheiten in der theoretischen wie empirischen Solidaritätsforschung zu begegnen. Der Sammelband von *Michèle Knodt* und *Anne Tews* wendet sich explizit der europäischen Ebene und europäischer Solidarität zu, während bei *Wolfgang Aschauer*, *Elisabeth Donat* und *Julia Hofmann* eher soziologische Fragen zu Solidarität gestellt und diverse Solidaritätsfelder und Bereiche solidarischen Handelns erkundet werden. *Marianne Kneuer* und *Carlo Masala* fokussieren auf politikwissenschaftliche Fragestellungen zu Solidarität. *Lucie Billmann* und *Josef Held* haben einen spezifischen thematischen Fokus, da zahlreiche Beiträge zu Arbeitsbeziehungen und Gewerkschaften geschrieben und aus einem gemeinsamen Forschungsprojekt hervorgegangen sind. Im Folgenden werden die Beiträge in den Sammelbänden in genannter Reihenfolge besprochen, bevor ich mit vier Aspekten schließe, die die Ergebnisse der Werke zusammenfassen und Kritikpunkte anreißen.

Knodt und *Tews* erarbeiten in ihrem Einleitungsbeitrag einen theoretischen Rahmen für europäische Solidarität. Dabei unterscheiden sie einerseits zwischen europäischer Solidarität, die sich auf individuelle oder kollektive Akteure bezieht und andererseits zwischen horizontaler oder vertikaler (europäischer) Solidarität. Damit entwickeln sie eine Typologie von vier Formen der europäischen Solidarität (transnationale, internationale, supranationale und intergouvernementale), die vor dem Hintergrund des europäischen Mehrebenensystems ein interessantes Analyseraster für die empirische Forschung bilden kann (im Band von *Kneuer* und *Masala* findet sich der Beitrag von *Knodt/Tews* in erweiterter Form und mit der Koautorin *Nadine Piefer*).

Nach der Einleitung werden zentrale Diskursfelder auf theoretischer und rechtlicher Ebene behandelt. So rekonstruiert *Hermann-Josef Große Kracht* die Ursprünge von Solidarität im Frankreich des 19. Jahrhunderts und zeigt dann deren Verwendung in Positionspapieren der Kommission der Bischofskonferenzen der Europäischen Gemeinschaft. *Marcus Klamert* geht auf das Solidaritätsprinzip in der EU ein und demonstriert dabei die zentrale Stellung von Solidarität in den Rechtsverträgen, in der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (dazu detaillierter auch der Beitrag von *Carolin Rüger* in dem Band) und in der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes. Auch *Jürgen Bast* thematisiert die Solidaritätsdimension im Recht, wobei er das Asyl- und Einwanderungsrecht in der EU näher untersucht. Die Dublin-Abkommen, so Bast, seien dabei „nicht als solidarisches System konzipiert“ (S. 150), weil die Erstaufnahme- wie Drittstaatenregelung nicht zu einer fairen Verteilung von Geflüchteten und Kosten zwischen den EU-Mitgliedsstaaten führt. Des Weiteren finden sich im Sammelband Analysen zu verschiedenen Politikbereichen wie zum Beispiel der Sozial-, Umwelt- oder Kohäsionspolitik der EU. Gefragt wird

dabei, wie Solidarität als politisches Prinzip oder in Form solidarischer Maßnahmen in der EU-Politikgestaltung verstanden und angewendet wird.

Auf das Verhältnis von Solidarität und ökonomische Krise gehen zwei Beiträge ein. *Heinz Kleger* und *Thomas Mehlhausen* diskutieren die gegenwärtigen Konzeptionen europäischer Solidarität und schlagen drei Dimensionen europäischer Solidarität vor: Motivation, Ausrichtung und Akteursebene. Indem sie, im Gegensatz zu *Knodt* und *Tews*, die Motivation mit einbeziehen, können sie auf theoretischer Ebene noch fragen, was solidarisches Handeln antreibt: Ist es eher der Gemeinwohl- oder der Eigennutzgedanke? Jedoch konzentrieren sich *Kleger* und *Mehlhausen* nachfolgend auf die intergouvernementale Akteursebene und unterscheiden hier dann noch einmal zwischen föderativer, distributiver und organischer Solidarität. Die Entwicklungen in der Euro-Krise wie die Etablierung des Europäischen Finanzstabilisierungsmechanismus (EFSM) oder die Diskussion um Eurobonds interpretieren die Autoren als Anzeichen distributiver Solidaritätsmechanismen zwischen den Mitgliedsstaaten, die jedoch auch der Legitimation von Seiten der Unionsbürger bedürfe. Skeptischer sieht *Friedrich Heinemann* die Berufung auf Solidarität in der ökonomischen Krise. Gerade die Diskussion um Eurobonds als unbegrenzte Solidarität sieht Heinemann als problematisch, bezeichnet sie als „scheinbare Solderität“ und plädiert vielmehr für konditionale Solidarität, welche unter anderem an Schuldenobergrenzen und mögliche Umschuldungsverfahren geknüpft werden sollte.

Das Sonderheft der Zeitschrift für Politikwissenschaft von 2014 nimmt explizit die geringe politikwissenschaftliche Beschäftigung mit Solidarität zum Ausgangspunkt. *Kneuer* und *Masala* stecken dabei Solidarität als Forschungsprogramm in drei Feldern ab: Als normative Kategorie, die ideengeschichtlich zu rekonstruieren und auf ihre Legitimationsfunktion hin zu untersuchen sei, als politisch-institutioneller Regelungsmechanismus, der auf Distribution und Reziprozität beruht, und schließlich als Phänomen im Mehrebenensystem (unter anderem in der EU).

Hermann-Josef Große Kracht nimmt in seinem Beitrag die normative Ausrichtung von Solidarität genauer in den Blick und verortet Solidarität in einer „postliberalen Gesellschaftstheorie“, die ihren Anfang im politisch-wissenschaftlichen Diskurs Frankreichs des 19. Jahrhunderts hat. Er rekonstruiert dabei die Spannung zwischen individuellen Freiheitsrechten und kollektiven Verpflichtungen, welche (bis heute) jedoch ungelöst bleibt. *Nils Arne Brockmann* untersucht anschließend die Solidaritätspotentiale von zivilgesellschaftlichen Akteuren und wie diese verschiedene Partizipationsformen beeinflussen. Dabei unterscheidet er zwischen sozialer, rechtlicher und politischer Solidarität und diskutiert anhand demokratietheoretischer Merkmale die Solidaritätsformen in Bezug auf die Stellung der Zivilgesellschaft. *Brockmann* hält fest, dass

die Solidarität zivilgesellschaftlicher Akteure eher die Freiheits- als die Gleichheitsdimension demokratischer Systeme stärkt (S. 74).

Nachdem *Peter Hampe* den deutschen Sozialstaat auf sein Solidarpotential prüft, konzentrieren sich die weiteren Beiträge auf die europäische und internationale Ebene.

Knodt, *Tews* und *Pieper* knüpfen an die Einleitung aus ihrem Sammelband an und explizieren die Typologie, indem sie sie mit empirischen Beispielen illustrieren.

ren. Nationalstaatliche und europäische Solidarität werden dabei nicht als exklusiv konzipiert, sondern als komplementäre Formen verstanden. Die Autorinnen zeigen, dass besonders die intergouvernementale und supranationale Solidarität im Mehrebenenensystem der EU vorherrschen.

Susanne Pernicka und *Julia Hofmann* richten ihren Blick auf Akteure und fragen anhand transnationaler Gewerkschaftsaktivitäten nach Möglichkeiten und Grenzen solidarischen Handelns in der EU. Die Autorinnen demonstrieren an zwei Fallbeispielen – entstehende europäische Lohnpolitik und transnationale Streikpraktiken – wie vertikale und horizontale Vernetzungen und Aktivitäten Solidaritätsmechanismen und gleichzeitig nationale Konflikte schaffen. Sie halten jedoch fest:

Transnationale Kooperationen, der Austausch und Konflikte über verschiedene Problemperzeptionen und Deutungsmuster sowie gemeinsame Arbeitskämpfe weisen ein erhebliches soziales Integrationspotenzial der Menschen und gewerkschaftlichen Organisationen in Europa auf (S. 156).

Siegfried Schieder und *Sven Morgen* nehmen jeweils „klassische“ außenpolitische Solidaritätsformen in den Blick. *Schieder* fokussiert die EU-AKP-Außenbeziehungen (AKP steht für Afrika, Karibik, Pazifik) und demonstriert wie Deutschland, Frankreich und Schweden spezifische Solidaritätsverständnisse und daraus abgeleitete politische Handlungen einbringen. Während Frankreich als ehemalige Kolonialmacht exklusive Solidarbeziehungen zu den AKP-Staaten befürwortet, agieren Deutschland und Schweden eher inklusiv und vertreten einen universellen entwicklungspolitischen Ansatz, der die AKP-Staaten nicht generell adressiert – je nach Land werden Beziehungen betont und sollte solidarisch gehandelt werden. *Morgen* hingegen untersucht die Bündnissolidarität der NATO und dass Solidarität geschwächt werden kann, indem es zwischen verschiedenen Interessen verortet wird. Verpflichtet die NATO-Mitgliedschaft das Unterstützen eines Mitglieds im Angriffsfall und „zwingt“ die Exekutive damit zum Handeln, wirke, so *Morgen*, der Parlamentsvorbehalt in Deutschland als solidaritätshemmend, was ebenfalls durch eine eher kritische sicherheitspolitische Öffentlichkeit beeinflusst werde.

Christoph Herrler setzt sich schließlich mit der Klimaschutzpolitik aus Solidaritätstheoretischer Perspektive auseinander. Individuelle Solidarität gegenüber den Betroffenen der Klimaveränderungen sei ein eher schwaches soziales Band, weswegen der Autor „international gültige Regelungssysteme“ fordert (S. 246). Diese sollten gewissermaßen kontraktualistisch auf internationaler Ebene verortet werden. Wie schwierig eine Einigung der Staaten ist, zeigen die letzten Klimagipfel in Kopenhagen und Paris.

Soziologische Einblicke in die Krise(n) der Solidarität in Europa liefert der Sammelband von *Wolfgang Aschauer*, *Elisabeth Donat* und *Julia Hofmann*. Sie gehen von sogenannten Solidaritätsbrüchen aus, die sich in der sozialen (Des-)Integration von Gesellschaften und in verschiedenen Politikbereichen in Zeiten der Krise zeigen und dabei sowohl institutionelle als auch individuelle Auswirkungen haben, die schließlich zur Entsolidarisierung führen (können).

Die ersten drei Kapitel widmen sich konzeptionellen Fragestellungen. *Max Haller* konstatiert einen europäischen Integrationsprozess, der zu sehr von vertiefenden Integrationsschritten bei gleichzeitiger EU-Erweiterung geprägt gewesen sei und damit

die gegenwärtige Krise ein Stückweit selbst mit hervorgebracht hätte. Gerade die Beschwörung des gemeinsamen unfehlbaren Binnenmarktes sei einer der Gründe der Spaltungstendenzen. Daher gelte es, eine „abgestufte Integration“ (S. 36), bestehend aus drei Gruppen, zu konzipieren: erstens, einem Kerneuropa, zweitens, weiteren Euro-Staaten und eng bilateral verknüpften Staaten (zum Beispiel die Schweiz) sowie letztens, Staaten, die nicht der EU angehören, aber in Europa liegen oder daran angrenzen. *Stefan Immerfall* verknüpft die EU-Integration mit dem Entstehen eines transnationalen-europäischen Bewusstseins. Ausgehend von Überlegungen Ulrich Becks und Émile Durkheims weist der Autor darauf hin, dass eine tiefergehende institutionelle Verflechtung auf europäischer Ebene nicht zwangsläufig zur Unterstützung in der Bevölkerung führt, vor allem wenn man die demokratischen Defizite genauer in den Blick nimmt. Dann nämlich zeigen sich zwar ähnliche Einstellungen in allen EU-Staaten, doch rangieren nationale Interessen eindeutig vor den europäischen. Mit Verweis auf Habermas' Diktum der „Entkopplung von System und Lebenswelt“ analysiert *Wolfgang Aschauer* die aktuelle Lage in der EU und kommt zu dem Schluss, dass Habermas' These gegenwärtig weiterhin valide ist, weil die europäische Integration (System) nicht mit der zunehmenden Identifikation der Bürger mit der EU (Lebenswelt) einhergeht. Damit zeigen sich jedoch entsolidarisierende Tendenzen in den nationalen Gesellschaften in Bezug auf massive Individualisierung, die Ausgrenzung von Minderheiten, Exklusion sozial schwacher Gruppen sowie (ethno-)nationalistische Ressentiments.

Im zweiten Teil werden in insgesamt sieben empirischen Kapiteln diverse Solidaritätsbrüche genauer analysiert, wobei sich nur ein Beitrag explizit mit der EU oder europäischer Integration auseinandersetzt. Anhand von narrativen Interviews rekonstruiert *Elisabeth Donat* die Einstellungen der österreichischen Befragten zur EU und ihr Verhältnis zu Solidarität. Dabei zeigt sie, dass einerseits die EU-Mitgliedschaft nicht grundsätzlich in Frage gestellt wird, auch wenn Kritik geäußert wird. Andererseits wird für die EU argumentiert, um als Machtspieler gegen China oder die USA anzukommen und um interne Konflikte europäisch-zentralistisch zu lösen sowie gegen Krisenstaaten vorgehen zu können.

Die anderen empirischen Untersuchungen nehmen nationale Phänomene in den Blick: *Stefan Selke* untersucht die Tafeln in Deutschland, welche einerseits als alternative „Sozialräume“ zu den staatlich-institutionellen Wohlfahrtsaktivitäten konzipiert werden, andererseits aber auch die „Vergemeinschaftung“ (S. 142) der auf die Tafel angewiesenen Personen durch die Existenz und die Praxen der Tafeln nach sich ziehen. *Sonja Fehr* untersucht soziale Desintegrationsprozesse in Deutschland, indem sie die Aktivierungsprozesse der Hartz-IV-Reformen beleuchtet. Anhand von SOEP-Daten und Statistiken der Bundesagentur für Arbeit zeigt sie, dass das Versprechen, Arbeitslose zu „aktivieren“, nur bedingt haltbar ist. Auch wenn zahlreiche Menschen, die vor allem nur kurz arbeitslos sind, schnell wieder Arbeit finden und durch die Selbstverantwortlichkeit gefordert und gefördert werden, bleibt doch eine Minderheit von Erwerbslosen (rund sieben Prozent), die „andauernde Arbeitslosigkeit“ (S. 165) von mehr als fünf Jahren erfährt und zunehmend sozial exkludiert ist. Die Autoren *Oliver Decker*, *Johannes Kiess* und *Elmar Brähler* spüren dem „Extremismus der Mitte“ in Deutschland nach und analysieren das Verhältnis aus „wirtschaftlicher Desintegrationserfahrung und antidemokratischer Einstellung“ (S. 214).

Der ökonomische Aufschwung im Nachkriegswestdeutschland und die Etablierung demokratischer Prinzipien führte, so die Autoren, zu einem neuem Selbstwertgefühl, der in Zeiten wirtschaftlicher Krisen zunehmend angegriffen wird und sich auch in antidemokratische Stimmen wandelt.

Anhand der Schweiz zeigt *Benedikt Hassler* auf, wie die Umgestaltung der Invalidenversicherung zum Streit darüber wird, wer als Invalide gilt und wie gegen vermeintliche Scheininvaliden vorgegangen werden kann, die den Sozialstaat ausnutzen würden. Damit wird auf eine erodierende Solidarität verwiesen und den Randgruppen die gesellschaftliche Solidarität abgesprochen, weil diese die Gesellschaft belasten und nichts beitragen würden. Sozialstaatliche Grundprinzipien werden so grundlegend in Frage gestellt.

Basierend auf ethnografischer Forschung widmet sich *Mathias Wagner* der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Transformation in Polen seit 1989/1990. Die Norm der Selbstständigkeit geht einher mit dem Arbeiten in der „informellen Ökonomie“ oder der Arbeitsmigration in andere europäische Länder. Gesamtgesellschaftlich gesehen konstatiert der Autor Individualisierungs- und Fragmentierungstendenzen und damit die Schwächung des „sozialen Bandes“.

Der Sammelband schließt mit dem Beitrag von *Julia Hofmann* zu Vorurteilen gegenüber marginalisierten Gruppen in Österreich. So standen 2012 rund 47 Prozent der Befragten Migranten eher ablehnend gegenüber (gegenüber Muslimen sind es etwa 40 Prozent). Im Zeitverlauf zeigt sich (wieder) ein zunehmender Trend. Die Frage, ob jüdische Bürger einen zu großen Einfluss auf Österreich hätten, beantworteten zwischen 1980 und 1996 rund 30 Prozent zustimmend. Dieser Wert fiel bis 2007 auf etwa 20 Prozent und stieg bis 2012 auf ungefähr 28 Prozent wieder an. Die Autorin konstatiert, was die Forschungsgruppe um Wilhelm Heitmeyer „gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ genannt hat: Eine Person, die gegenüber einer marginalisierten Gruppe Vorurteile hat, wird diese wahrscheinlich auch gegenüber anderen Gruppen haben. Dies zeige sich in zunehmendem Maße auch in Österreich.

Lucie Billmann und *Josef Held* haben 2013 den Sammelband zu „Solidarität in der Krise“ herausgegeben, der nicht nur politikwissenschaftliche und soziologische Fragen behandelt, sondern auch in angrenzende Fächer wie die Erziehungswissenschaft und soziale Arbeit hineinreicht. Die zentrale Frage, die sich aus dem Tübinger Forschungsprojekt „Lebensführung und solidarisches Handeln unter Modernisierungsdruck. Was bewegt junge Menschen?“ ergibt und den Band leitet, ist, „was Menschen in der Krise bewegt?“ (S. 6). In einer Dreiteilung wird erst auf Solidarität in der gesellschaftlichen Krise eingegangen bevor Solidarität selbst unter Krisenaspekten beleuchtet wird. Im dritten Teil geht es schließlich um solidarische Praxen. Die Mehrzahl der Beiträge bezieht sich auf gewerkschaftliche Verhältnisse und Arbeitsbeziehungen und deren Zusammenhang mit Krisenerfahrungen und -situationen.

In ihrem Einleitungsbeitrag verorten *Billmann* und *Held* Solidarität in einer Situation „multipler Krisen“ und zeichnen dafür eine politische, ökonomische, soziale und ökologische Krisensituation nach. Im ersten Teil nehmen einige AutorInnen explizit die Gewerkschaften und die Arbeitsverhältnisse in den Blick. So zeigen *Wolfgang Menz*, *Richard Detje*, *Sarah Nies* und *Dieter Sauer* auf, dass in der Krise stark zwischen Normalbeschäftigten und LeiharbeiterInnen unterschieden wird,

was von Gewerkschaftsseite offensiv begegnet wurde, aber sich in der Belegschaft in „mangelnde[n] Handlungsmöglichkeiten“ (S. 49) und Unsicherheiten widerspiegelt. *Michael Vester* und *Christel Teiwes-Kügler* zeigen anhand von Interviews mit Beschäftigten, wie sich die Arbeitswelt im technischen wie im Dienstleistungssektor in Deutschland ändert. Unsicherheiten und die Angst, den erarbeiteten Status zu verlieren, spielen in den geführten Interviews eine große Rolle. *Julia Hofmann* nimmt ebenfalls die Arbeitsbedingungen in den Blick, um auf die Solidaritätsbeziehungen in Österreich in der Krise einzugehen. *Hofmann* verweist einerseits auf „Solidarität ‚von oben‘“, womit wohlfahrtsstaatliche Mechanismen und Anti-Krisen-Maßnahmen gemeint sind. Andererseits geht sie auf „Solidarität ‚von unten‘“ ein, wie vereinzelte Initiativen, die auf die Krisenursachen hinweisen oder betriebliche Aktivitäten, welche *Hofmann* anhand von Befragungen österreichischer Betriebsräte genauer untersucht hat. Es zeige sich jedoch nur eine sporadische Solidarität, welche *Hofmann* unter anderem auf verbreitete „postdemokratische Einstellungen“ (S. 138) zurückführt.

Nachdem *Jan Jeskow* und *Manuel Leppert* die Krise der Solidarität in der Ukraine untersuchen, und *Hans-Werner Bierhoff* sich mit dem Verhältnis aus Globalisierung und Solidarität auseinandersetzt, rekonstruiert *Tobias Kröll* die Diskursverschiebungen hin zu einem „neoliberalen Denken“ in Deutschland, indem er hauptsächlich Positionspapiere von Think Tanks analysiert und das Spannungsverhältnis aus solidarischem Handeln und neoliberalen Ansichten skizziert. *Tobias Kaphegyi* geht es um Diskursverschiebungen im Bildungsbereich. Bildung sei, so das mediale Echo, das beste Mittel gegen Armut. Aus besserer Bildung für alle ergebe sich aber nicht automatisch mehr Solidarität. Vielmehr könne es zu stärkerer Abgrenzung und der Forderung nach mehr Leistungsbereitschaft der ärmeren Schichten kommen.

Der zweite Teil „Krise der Solidarität“ behandelt die Fragilität der Solidarität. Auch hier zeigt sich wieder ein Fokus auf Arbeitsbeziehungen, Gewerkschaften und junge Beschäftigte. In ihrer empirischen Analyse zeigen *Billmann* und *Held* auf, dass gerade junge Beschäftigte mit dem Konzept Solidarität wenig anfangen können. Zerlegt man dieses jedoch in seine Bestandteile, wie Zusammenhalt unter Kollegen oder dem gemeinsamen Begegnen von Ungerechtigkeiten, dann identifizieren sich die Befragten damit. *Stephan Voswinkel* widmet sich dem Verhältnis aus Identität und Arbeit und argumentiert, dass Anerkennung eine zentrale Komponente ist, die durch institutionelle Faktoren in der Arbeit begünstigt oder destabilisiert werden kann. *Stefanie Hürtgen* nimmt eine stärker subjekt-orientierte Position ein, wenn sie nach den Bedingungen der Kollegialität auf der Arbeit fragt. Sie arbeitet heraus, dass der Begriff nicht mit Solidarität verwechselt werden sollte, weil er sowohl persönlich-zwischenmenschliche Beziehungen als auch die leistungsbezogenen Arbeitserfahrungen in sich vereint.

Albert Scherr wiederum rekonstruiert die emanzipatorischen Aspekte von Solidarität. Solidarität, so der Autor, sei ein universalistisches Projekt oder gar „utopisches Moment“ (S. 266), um Ungerechtigkeiten zu bekämpfen und eine Gesellschaft unter Gleichen zu schaffen. Doch scheine diese Vorstellung kaum noch zeitgemäß, weswegen *Scherr* eine Fragmentierung der Solidarität konstatiert.

Schließlich erläutert *Athanasios Marvakis* das Erstarken rechter Gruppierungen in Griechenland und deren Vereinnahmung des Begriffs der Solidarität. Solidarität wird

im rechten Lager als nationale Solidarität verstanden, die eine klare Ausgrenzung von Nicht-Griechen bedeutet und sich aggressiv gegen Minderheiten und Migranten richtet. Die anhaltende Krise in Griechenland begünstigt dieses Freund-Feind-Denken zusätzlich, weil Rechte vermeintlich einfache und angeblich solidarische Antworten auf die Probleme der Menschen haben.

Der dritte und letzte Teil des Sammelbandes beginnt mit einem Interview von *Martin Allespach*, damaliger Leiter der Grundsatzabteilung der IG Metall, welches die Herausgeber zu den diversen Themen des Buches geführt haben. *Sybille Stamm* untersucht nachfolgend solidarische Praxen in Form von Streiks und politischen Aktionen, an denen sich jugendliche Beschäftigte beteiligten. Anhand zweier Fallbeispiele zeigt *Stamm* auf, dass eigene Betroffenheit, basisdemokratische Mitentscheidungsstrukturen und gewerkschaftliche Entschlossenheit im Streikverhalten besonders für junge Beschäftigte wichtig sind, um solidarisch zu handeln. Auch *Ivo Garbe* und *Sabine H. Vogel* beziehen sich auf gewerkschaftliche Aktivitäten von Beschäftigten unter 35 Jahren. Sie erläutern, dass diese Gruppe durchaus solidarische Protestaktionen durchführe, wenn sie die Krisenerfahrung reflektieren sowie politische Bildungsprogramme besuchen. Solidarisches Handeln wird so gewissermaßen erfahrbar und erlernt. *Ismail Küpeli* beschreibt die Situation in Portugal und dortige Erfahrungen mit Krise und Solidarität. *Peter Birke* nimmt schließlich den Zusammenhang aus multiplen Krisen und den zahlreichen Protestbewegungen (zum Beispiel in den USA, Griechenland oder Spanien) in den Blick. *Birke* hält fest, dass die Proteste zwar sichtbar waren, zum Beispiel durch die zahllosen Platzbesetzungen, aber diese kaum etwas an den politischen Kräfteverhältnissen geändert hätten (Stand 2013), was auch an den neuen Formen der Protestbewegungen liegen mag. Zudem weist *Birke* darauf hin, dass diese Bewegungen nicht die Arbeitskämpfe ersetzt hätten. Vielmehr scheint es ein Nebeneinander von Streiks und Protestbewegungen in Europa zu geben.

Alle vier Sammelbände legen unterschiedliche thematische Schwerpunkte, haben verschiedene Herangehensweisen und haben doch das gemeinsame Ziel etwas Licht ins „Solidaritätsdickicht“ zu bringen. Ich will daher mit vier Punkten schließen, die sowohl Schlussfolgerungen aus den vier Werken darstellen und Kritikpunkte aufzeigen, als auch Herausforderungen für die weitere Solidaritätsforschung benennen.

1. Nahezu alle Beiträge gehen auf einen Einzelfall ein und versuchen diesen näher zu analysieren und legen dazu ein spezifisches Solidaritätsverständnis an. Die Vielfalt zeigt einerseits die Mehrdeutigkeit von Solidarität und verdeutlicht damit, wie viel theoretische Arbeit noch nötig ist, um den Begriff Solidarität zu erfassen. Andererseits sind viele Beiträge wenig anschlussfähig für weitere Forschung, was die von *Kneuer* und *Masala* (S. 24) genannte Gefahr des Eklektizismus birgt. Die ersten Erkundungen des Solidaritätsfeldes sollten also zukünftig dazu veranlassen, eine gemeinsame Arbeitsdefinition von Solidarität zu entwickeln und diese schließlich konsistent auf verschiedene Politikfelder und Themenbereiche anzuwenden.
2. Daran anschließend sollte die vergleichende Perspektive gestärkt werden. Überraschenderweise ist keiner der Einzelbeiträge explizit vergleichend angelegt, obwohl zahlreiche bearbeitete Themen in den Sammelbänden davon profitiert hätten.

Seien es Arbeitskämpfe in verschiedenen europäischen Ländern, politische Debatten zu Bündnissolidarität oder unterschiedliche Solidaritätspraxen in der Migrations- und Asylpolitik der EU-Mitgliedsstaaten; alle ließen sich vergleichend untersuchen, um Gemeinsamkeiten und Unterschiede herauszuarbeiten. Bis auf den Sammelband von *Knodt* und *Tews* sowie einzelnen Beiträgen zu internationalen Fragen konzentrieren sich die Beiträge vornehmlich auf die deutschsprachigen Staaten. Hier gibt es also noch viel Potential, länderübergreifend Solidarität zu erforschen.

3. Trotz der Verschiedenheit der Sammelbände und Einzelbeiträge lassen sie sich doch in drei größere Forschungsagenden zu Solidarität einordnen: Erstens die institutionelle Perspektive, zweitens die individuelle und drittens die diskursive. Erstere fokussiert auf strukturelle Aspekte von Solidarität, verortet Solidarität im Wohlfahrts- und Sozialstaat und geht auf Solidaritätsakteure wie die Gewerkschaften oder Protestbewegungen ein. Solidarität wird hierbei sowohl als Ergebnis von politischen Prozessen verstanden als auch konkrete Praxis, um Ungerechtigkeiten zu begegnen. Die individuelle Perspektive nimmt die Menschen als handelnde Subjekte in den Blick und fragt nach den Einstellungen und Werten, die Solidarität befördern oder hemmen. Strukturelle Faktoren spielen nur insofern eine Rolle, als sie durch Krisenerscheinungen Solidarität hervorrufen oder durch Wohlfahrtsmechanismen die Subjektivität der Betroffenen ändern. Beide Perspektiven sehe ich als die meist verbreiteten in der Solidaritätsforschung an. Die letzte Forschungsperspektive, die diskursive, findet sich in einigen Beiträgen eher implizit, indem auf Parlamentsdebatten und mediale Äußerungen von Akteuren zu Solidarität eingegangen wird. Solidarität wird hierbei durch Akteure und Diskurskoalitionen diskursiv (re-)produziert. Diese Konstruktionsprozesse stehen aber eher selten im Fokus und vor allem werden sie nicht systematisch und tiefergehender methodisch erforscht. Sie scheinen eher illustrativer Art zu sein, womit jedoch ihre Bedeutung in der Solidaritätsforschung erheblich unterschätzt wird. Zukünftig könnte diese Perspektive interessante und neue Einblicke bringen.
4. Die Schwierigkeit Solidarität begrifflich zu fassen und die zahlreichen Verweise auf aktuelle Krisenphänomene zeigen, dass Solidarität kein Konzept ist, welches klar definiert und in der Anwendung und Nutzung eindeutig ist. Vielmehr ist Solidarität ein umstrittenes Konzept (Gallie 1956) – theoretisch wie empirisch. Diese Kontestation gilt es stärker herauszustellen, indem entweder verschiedene Solidaritätskonzepte an den gleichen Gegenstand gelegt werden, um Unterschiede genauer herauszuarbeiten, oder indem stärker rekonstruktiv gearbeitet wird, um die verschiedenen Bedeutungen und Zuschreibungen von Akteuren für Solidarität zu analysieren. Welches Verständnis von Solidarität haben linke, grüne oder konservative Akteure, wenn sie von Solidarität sprechen, und welche Konflikte und Akteurskonstellationen ergeben sich daraus für politische Prozesse? Dies sind Aspekte, die bisher kaum adressiert wurden.

Die vier Sammelbände, so lässt sich festhalten, greifen einen hochaktuellen und hochrelevanten Begriff auf, welcher durch die sozialwissenschaftliche Forschung mehr Beachtung finden sollte. Dabei liefern die Beiträge interessante theoretische

wie empirische Einblicke in verschiedene Solidaritätsfelder. Die vier Werke eignen sich demnach sehr, um einzelne Aspekte aufzugreifen und geben Impulse zur Vertiefung. Das letzte Wort zu Solidarität ist trotz dieser vier Werke nicht gesprochen. Ihr Verdienst besteht darin, den Beginn einer sich entwickelnden Solidaritätsforschung zu bilden. Es bleibt zu hoffen, dass weitere Arbeiten folgen.

Literatur

- Bayertz, Kurt (Hrsg.). 1998. *Solidarität: Begriff und Problem*. Suhrkamp Taschenbuch Wissenschaft 1364. Frankfurt a. M.: Suhrkamp
- Beckert, Jens, Julia Eckert, Martin Kohli, und Wolfgang Streeck (Hrsg.). 2004. *Transnationale Solidarität: Chancen und Grenzen*. Frankfurt a. M.: Campus.
- Berger, Johannes (Hrsg.). 2005. *Zerreiht das soziale Band? Beiträge zu einer aktuellen gesellschaftspolitischen Debatte*. *Mannheimer Jahrbuch für europäische Sozialforschung* 9. Frankfurt a. M.: Campus.
- Brunkhorst, Hauke 2002. *Solidarität: Von der Bürgerfreundschaft zur globalen Rechtsgenossenschaft*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Gallie, und Walter Bryce. 1956. Essentially Contested Concepts. *Proceedings of the Aristotelian Society* 56:167–198.
- Scholz, Sally J. 2008. *Political solidarity*. University Park, PA: Pennsylvania State Univ. Press.